



## **Satzung über die Entschädigung ehrenamtlich Tätiger der Stadt Leuna (Entschädigungssatzung)**

Gem. § 35 Abs. 1 Satz 3 des Kommunalverfassungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17. Juni 2014, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 05.04.2019 (GVBl. LSA S. 66) i. V. m. § 3 der Verordnung über die Entschädigung bei ehrenamtlicher Tätigkeit in den Kommunen (Kommunalentschädigungsverordnung - KomEVO) vom 29.05.2019 (GVBl. LSA S 116) hat der Stadtrat der Stadt Leuna folgende Satzung beschlossen:

### **§ 1 Anspruchsberechtigte**

Anspruchsberechtigt ist, wer zum Wohle der Stadt ehrenamtlich tätig ist. Darunter fallen die Stadträte, Ausschussvorsitzende, Fraktionsvorsitzende, die Ortsbürgermeister, die Ortschaftsräte, die durch den Stadtrat berufenen sachkundigen Einwohner und Mitglieder von Beiräten im Sinne des § 79 KVG LSA, sowie die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Leuna.

### **§ 2 Aufwandsentschädigung**

- (1) Die Aufwandsentschädigung wird als monatliche Pauschale neben Sitzungsgeld gewährt.
- (2) Soweit die Aufwandsentschädigung in Form einer monatlichen Pauschale gewährt wird, ist sie am ersten Tag des Monats im Voraus zu zahlen.

### **§ 3 Pauschale Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Mitglieder in den Vertretungen**

- (1) Die Stadträte erhalten eine monatliche pauschale Aufwandsentschädigung in Höhe von 123,00 €.
- (2) Neben dem Betrag nach Absatz 1 erhält für besondere Aufwendungen eine zusätzliche monatliche Aufwandsentschädigung

- |    |  |          |
|----|--|----------|
| a) | der Vorsitzende des Stadtrates in Höhe von | 246,00 € |
| b) | jeder Ausschussvorsitzende in Höhe von     | 123,00 € |
| c) | jeder Fraktionsvorsitzende in Höhe von     | 123,00 € |

(3) Übt ein Mitglied innerhalb der Vertretung mehrere Funktionen aus, wird die zusätzliche Aufwandsentschädigung nur einmal für die Funktion mit dem höchsten Entschädigungssatz gewährt.

(4) Die Ortschaftsräte erhalten als Aufwandsentschädigung einen monatlichen Pauschalbetrag in Höhe von:

Ortschaft	
Friedensdorf	09,00 € (EW 323)
Günthersdorf	24,00 € (EW 1359)
Horburg-Maßlau	17,00 € (EW 544)
Kötschlitz	24,00 € (EW 1015)
Kötzschau	31 ,00 € (EW 1713)
Kreypau	09,00 € (EW 288)
Rodden	09,00 € (EW 244)
Spergau	24,00 € (EW 1079)
Zöschen	17,00 € (EW 972)
Zweimen	09,00 € (EW 306)

(5) Die Ortsbürgermeister erhalten als Aufwandsentschädigung einen monatlichen Pauschalbetrag in Höhe von:

Ortschaft	Pauschalbetrag
Friedensdorf	190,00 € (EW 323)
Günthersdorf	380,00 € (EW 1359)
Horburg-Maßlau	280,00 € (EW 544)
Kötschlitz	380,00 € (EW 1015)
Kötzschau	380,00 € (EW 1713)
Kreypau	190,00 € (EW 288)
Rodden	190,00 € (EW 244)
Spergau	380,00 € (EW 1079)
Zöschen	280,00 € (EW 972)
Zweimen	190,00 € (EW 306)

## **§ 4**

### **Pauschale Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich Tätige im Brandschutz**

(1) Die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Leuna erhalten als Aufwandsentschädigung einen monatlichen Pauschalbetrag in Höhe von:

a)	Stadtwehrleiter	305,00 €
b)	stellvertretender Stadtwehrleiter	152,50 €
c)	Stadtkinder- und Jugendfeuerwehrwart	97,00 €
d)	Stadtgerätewart	61,00 €
e)	Jugendfeuerwehrwart einer Ortswehr	61,00 €
f)	Kinderfeuerwehrwart einer Ortswehr	30,00 €
g)	Gerätewart einer Ortswehr	61,00 €
h)	Einsatzkraft mit Atemschutzbefähigung	20,00 €
i)	Einsatzkraft ohne Atemschutzbefähigung	12,50 €
j)	Ortswehrleiter einer Wehr	122,00 €
k)	stellvertretender Ortswehrleiter einer Wehr	61,00 €

(2) Jedes Mitglied der aktiven Abteilung erhält für jeden Einsatz, woran es teilgenommen hat, eine Aufwandsentschädigung von 10,00 €.

## **§ 5**

### **Sitzungsgeld für Stadträte, Ortschaftsräte, sachkundige Einwohner**

(1) Für die Teilnahme an den Sitzungen des Stadtrates und der Ausschüsse des Stadtrates ist zusätzlich zu den in § 3 Abs. 1 und 2 genannten Aufwandsentschädigungen ein Sitzungsgeld von 17 € für jedes Mitglied des Stadtrates und 17,00 € für jeden sachkundigen Einwohner zu zahlen. Finden an einem Tag mehrere Sitzungen statt, darf der Gesamtbetrag an Sitzungsgeld das 2,5-fache des nach Satz 3 oder 4 zu gewährenden Sitzungsgeldes je Tag nicht überschreiten.

(2) Für die Teilnahme an Sitzungen des Ortschaftsrates wird zusätzlich zu den in § 3 Abs. 3 genannten Aufwandsentschädigungen ein Sitzungsgeld in Höhe von 15,00 € pro Sitzung gezahlt. Anstelle des Sitzungsgeldes erhalten die Ortsbürgermeister eine monatliche Pauschale.

(3) Sachkundige Einwohner, die durch den Stadtrat zu Mitgliedern beratender Ausschüsse berufen wurden, erhalten ausschließlich Sitzungsgeld (Abs. 1).

(4) Mitglieder von Beiräten im Sinne des § 79 KVG LSA erhalten ein Sitzungsgeld in Höhe von 17,00 €.

(5) Mitglieder von Fraktionen erhalten für die Teilnahme an Beratungen der Fraktion ein einmaliges Sitzungsgeld pro Monat in Höhe von 17,00 €. Die Fraktion führt hierfür eine Anwesenheitsliste.

## **§ 6**

### **Interessenvertreter beauftragte Beiräte nach § 79 Kommunalverfassungsgesetz Land Sachsen-Anhalt**

Seniorenbeauftragte/er

Die/der Seniorenbeauftragte erhält als Aufwandsentschädigung einen monatlichen Pauschalbetrag von 80,00 €.

## **§ 7**

### **Vertretungsregelung**

(1) Wird das Ehrenamt oder die sonstige ehrenamtliche Tätigkeit länger als drei Monate ununterbrochen nicht ausgeübt, entfällt der Anspruch auf Zahlung der Aufwandsentschädigung für die über die drei Monate hinausgehende Zeit.

(2) Im Falle der Verhinderung des Vorsitzenden des Stadtrates für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als drei Monaten wird dem Stellvertreter ab diesem Zeitpunkt eine Aufwandsentschädigung in Höhe derjenigen des Vertretenen gewährt.

(3) Abweichend von Absatz 1 entfällt der Anspruch auf Zahlung der Aufwandsentschädigung für einen Ortsbürgermeister bereits dann, wenn er das Ehrenamt länger als einen Monat ununterbrochen nicht ausübt. Im Fall der Verhinderung des Ortsbürgermeisters für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als einen Monat, wird dem Stellvertreter ab diesem Zeitpunkt eine Aufwandsentschädigung in Höhe derjenigen des Vertretenen gewährt.

(4) Abweichend von Absatz 1 entfällt der Anspruch auf Zahlung der Aufwandsentschädigung für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr, welche eine Funktion nach der Laufbahnverordnung für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren (LVO-FF) übertragen wurde, bereits dann, wenn sie ihr Ehrenamt länger als einen Monat ununterbrochen nicht ausüben. Im Fall der Verhinderung des Stadt- und Ortswehrleiters für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als einen Monat wird dem Stellvertreter ab diesem Zeitpunkt eine Aufwandsentschädigung in Höhe derjenigen des Vertretenen gewährt.

## **§ 8**

### **Entgangener Arbeitsverdienst**

(1) Erwerbstätigen Personen wird auf Antrag der durch die ehrenamtliche Tätigkeit tatsächlich entstandene und nachgewiesene entgangene Arbeitsverdienst ersetzt. Selbstständigen wird auf Antrag der durch die ehrenamtliche Tätigkeit entstandene und glaubhaft gemachte Verdienstausschlag ersetzt. Der Ersatz des Verdienstausschlags nach den Sätzen 1 und 2 ist auf 20 Euro/Std. begrenzt.

(2) Der auf den entgangenen Arbeitsverdienst entfallende Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung wird erstattet, soweit dieser zu Lasten des Entschädigungsberechtigten an den Sozialversicherungsträger abgeführt wird. An Stelle eines Ersatzes kann privaten Arbeitgebern das weitergewährte Arbeitsentgelt unmittelbar erstattet werden. § 9 Abs. 4 und § 10 Abs. 1 des Brandschutzgesetzes bleiben unberührt.

(3) Erwerbstätigen Personen und Selbstständigen, die die Höhe des Verdienstaufschlags nicht nachweisen oder glaubhaft machen können, wird auf Antrag Verdienstaufschlag abweichend von Abs. 1 und 2 in Form eines pauschalen Stundensatzes ersetzt (Verdienstaufschlagpauschale). Die Verdienstaufschlagpauschale darf 19 Euro nicht übersteigen.

(4) Personen, die keinen Verdienst haben, denen aber durch die für die ehrenamtliche Tätigkeit aufgewendete Zeit ein Nachteil entsteht, wird auf Antrag eine Pauschale in Höhe von 15,00 Euro/Std. gewährt.

## **§ 9 Reisekostenvergütung**

Den in ein Ehrenamt oder zu sonstiger ehrenamtlicher Tätigkeit Berufenen soll Reisekostenvergütung nach den für hauptamtliche Beamte des Landes geltenden Grundsätzen gewährt werden. Aufwendungen für Dienstreisen im Dienst- oder Wohnort sind grundsätzlich nach § 35 Abs. 2 KVG LSA mit der Zahlung der Aufwandentschädigung abgegolten. Dies gilt nicht für Kosten für Dienstreisen außerhalb des Dienst- oder Wohnortes, für Fahrtkosten zum Sitzungsort, höchstens jedoch in Höhe der Kosten von der Wohnung zum Sitzungsort und zurück, sowie für Kosten für Fahrten im Zuständigkeitsbereich der Vertretung, soweit diese in der Ausübung des Mandats begründet sind und mit Zustimmung des Vorsitzenden der Vertretung oder eines Ausschusses erfolgen. Auch für Fraktionssitzungen werden Fahrtkosten für maximal eine Sitzung im Monat von der Wohnung zum Sitzungsort und zurück erstattet. Die Zustimmung ist nur für den jeweiligen Einzelfall zu erteilen und steht unter dem Vorbehalt, dass entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Zur Nachweisführung soll die Zustimmung des Vorsitzenden schriftlich oder elektronisch erfolgen.

## **§ 10 Steuerliche Behandlung**

Der Erlass des Ministeriums für Finanzen über die steuerliche Behandlung von Entschädigungen, die den ehrenamtlichen Mitgliedern kommunaler Vertretungen gewährt werden vom 09.11.2010 (MBL. LSA S 638), geändert durch Erlass vom 16.10.2013 (MBL. LSA S. 608), ist in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

## **§ 11 Sprachliche Gleichstellung**

Personen- und Funktionsbezeichnungen gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

## **§ 12 Inkrafttreten**

Die Satzung tritt am 01. Januar 2020 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Entschädigung für ehrenamtlich Tätige der Stadt Leuna (Entschädigungssatzung) vom 29.05.2015 zuletzt geändert am 31.03.2017 außer Kraft.

Leuna, den 02. Dezember 2019

gez. Dr. Dietlind Hagenau  
Bürgermeisterin